

zu fühlen. Dies änderte sich in dem Umfang, wie sich die Lebensverhältnisse verbesserten, und es änderte sich auch mit einer nachwachsenden Generation. Dennoch war Bernhard Vogel in seinem politischen Amt immer wieder mit einer schwer nachvollziehbaren Diskrepanz zwischen individueller Zufriedenheit und kollektivem Missvergnügen konfrontiert. Das hat sich als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise in den letzten Jahren verstärkt. Die Zweifel an dem System wachsen, weil aus der Sicht der Menschen wirtschaftlicher Erfolg nicht mehr einhergeht mit sozialer Verantwortung. Die Risse in der Gesellschaft werden stärker, und die Sorge um eine Rückkehr zur Klassengesellschaft wächst. Für Bernhard Vogel, der sich über ein langes politisches Leben stets für den gesellschaftlichen Grundkonsens und eine Politik eingesetzt hat, in deren Mittelpunkt der Mensch steht, ist eine solche Entwicklung besonders verhängnisvoll.

Dabei ist er davon überzeugt, dass das System der Sozialen Marktwirtschaft bewahrt werden muss. Er weiß, dass Wohlstand, Friede und Freiheit eng damit verbunden sind. Er weiß aber auch, dass das Regelwerk der Sozialen Marktwirtschaft gelebt werden muss, so wie aus seiner Sicht vor allem auch von den mittelständischen Unternehmern vorgelebt wird. Und Bernhard Vogel, der offen und neugierig die Welt bereist, ist davon überzeugt, dass die ordnungspolitischen Grundsätze von Wettbewerb und sozialem Ausgleich gerade auch in einer zusammenwachsenden Welt stärker Berücksichtigung finden müssen.

Bernhard Vogel lebt seine Wertvorstellungen – mit großer Disziplin und Bescheidenheit – aber auch mit wohltuender Herzlichkeit und Offenheit. Eine Begegnung mit Erich Honecker ist mir in diesem Zusammenhang in besonderer Erinnerung. Auf Wunsch des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl hat Bernhard Vogel in den 1980er Jahren eine Reihe von Gesprächen mit dem Staatsratsvorsitzenden der DDR geführt. In dieser Zeit hatte das Land Rheinland-Pfalz eine große Ausstellung „2000 Jahre Salier in Deutschland“ konzipiert und benötigte dazu auch Exponate aus Museen der DDR. Die zuständigen DDR-Behörden hatten aber unter Hinweis auf die Einbindung der „Stiftung Preußischer Kulturbesitz“ in das Ausstellungskonzept jede Zusammenarbeit abgelehnt. Aus Anlass des ersten Besuchs von Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1987 hat Bernhard Vogel dieses Problem dann in einem Sechs-Augen-Gespräch im rheinischen Landesmuseum in Trier erwähnt. Es gelang ihm, die Gemeinsamkeiten deutscher Geschichte und deutschen Geisteslebens so eindrucksvoll zu beschreiben und den im unweit entfernten Saarland geborenen SED-Generalsekretär in einer so persönlichen Weise anzusprechen, dass Erich Honecker letztlich dieser politisch besonders heiklen Kooperation zustimmte. Honecker war nicht der Einzige, der sich von dem bildungsbewussten und charismatischen Bernhard Vogel überzeugen lassen musste. Davon haben über Jahrzehnte sein Land und dessen Menschen profitiert, für die er mit seiner Haltung und seinem Engagement politische Glaubwürdigkeit und Verantwortungsgefühl verkörpert und wichtige Weichenstellungen vorgenommen hat.

„Mein Vogel heißt Bernhard“ (Wahlkampfmotto Landtagswahl Rheinland-Pfalz 1979)

Michael Thielen

Der 13. Februar 1979 war ein chronikpflichtiger Tag in der kleinen Eifelstadt Prüm. Angekündigt war für den frühen Abend der Auftritt des Ministerpräsidenten Dr. Bernhard Vogel in der Stadthalle. Vogel trat 1979 zum ersten Mal als Spitzenkandidat der CDU für eine Landtagswahl in Rheinland-Pfalz an. In sein Amt war er als Nachfolger von Helmut Kohl während der Legislaturperiode vom Landtag gewählt worden. Die Rahmenbedingungen des Wahlkampfes waren für Bernhard Vogel alles andere als eine Steilvorlage. Acht Mal hatten bis dahin die Rheinland-Pfälzer der CDU die Führung der Landesregierung anvertraut. Das war ein Umstand, in dem die SPD, aber auch manch neutraler Beobachter, Zeit für einen Wechsel gekommen sah. Die Sozialdemokraten hatten mit Klaus von Dohnanyi einen zwar „eingeflogenen“, aber doch allseits respektierten Gegenkandidaten aufgeboten.

Aus Bonn war für die rheinland-pfälzischen Christdemokraten wenig Rückenwind zu erwarten. CDU und CSU quälten sich dort mit einer Dauerdebatte um ihren Spitzenmann Helmut Kohl. Der wiederum hatte 1975 in der letzten Landtagswahl die Messlatte für seinen Nachfolger hoch gelegt, mit einem Wahlergebnis von 54 Prozent. Entsprechend motiviert waren die besonders treuen Unterstützer Bernhard Vogels in den Wahlkampf gezogen. Zu diesen gehörte innerhalb der Unionsfamilie die Junge Union Rheinland-Pfalz. Sie hatte sich in dem Wettbewerb Vogels mit Heiner Geißler um den CDU Landesvorsitz im Jahr 1973 und mit Johann Wilhelm Gaddum um das Amt des Ministerpräsidenten 1976 frühzeitig um den damaligen Kultusminister Vogel geschart. Und jetzt wollten wir ihn siegen sehen und das unsere dafür tun. In diesem Engagement war durchaus viel jugendlicher Ernst spürbar, aber das Ganze war für uns auch eine große Gaudi. Gerade stolze Führerscheinbesitzer geworden, eilten wir mit einem von der Partei gestellten Auto, das als Lautsprecherwagen hergerichtet war, über die Eifel-Dörfer. Mit dem Wagen traktierten wir redliche Bürger mit nicht selten akustisch unverständlichen Veranstaltungsankündigungen und mit selbst gereimten, aber mitunter eher sinnfreien Parolen. Und was natürlich damals nicht fehlen durfte: Der deutlich sichtbare Aufkleber „Mein Vogel heißt Bernhard“ auf der Motorhaube des Volkswagens. Es hat uns viel Spaß gemacht, die Eifelaner um ihre Samstagsruhe zu bringen. Den Spitzenkandidaten hat das möglicherweise eher Stimmen gekostet als gebracht.

Das Risiko allerdings, damit „asymmetrische Demobilisierung“ zu Lasten der CDU zu betreiben, war damals überschaubar. Die CDU hatte in der

Verbandsgemeinde Prüm 1975 bei der Landtagswahl 76,9 Prozent der Stimmen gewonnen, die SPD kam auf gut 18 Prozent. Letzteres scheint auch heute noch möglich, ersteres weniger, auch nicht in der Eifel. Die Menschen dieses Landstrichs hatten in der Weimarer Republik fest zum katholischen Zentrum gestanden, die NSDAP machte noch bei den letzten freien Reichstagswahlen 1933 kaum einen Stich. In der Nachkriegszeit war die Eifel von Beginn an eine Hochburg der CDU. Dafür gab es strukturelle Gründe, die ausgeprägte Kirchenbindung etwa und die wirtschaftliche wie kulturelle Dominanz der Landwirtschaft. Aber es gab auch politische Gründe für die Zufriedenheit mit der CDU. Denn die Landesregierungen der Nachkriegszeit hatten das Gebiet aus seinem jahrhundertelangen Schattendasein als militärische Aufmarschzone herausgeholt, die Infrastruktur modernisiert und erfolgreich Industrie angesiedelt. „Wohlstand für alle“ war persönlich erfahrbar geworden, auch auf dem Land. Just diese Modernisierungsleistung der CDU war eine der Voraussetzungen dafür, dass die Stabilität der eigenen politischen Hochburg schleichend erodierte. Insoweit wurde die CDU im Laufe der Nachkriegsjahrzehnte ein wenig auch Opfer der eigenen Erfolge, die man durchaus im Bewusstsein dieser Nebenwirkungen im Interesse der Menschen durchgesetzt hatte.

In dem Slogan „Mein Vogel heißt Bernhard“ schwang insbesondere bei den jungen Menschen in der Eifel mehr mit als Kampagnenstimmung. Das hatte nicht zuletzt zu tun mit einem bildungspolitischen Topos aus jener Zeit, dem „katholischen Mädchen vom Lande“. In dieser Debattenfigur verkörperte sich eine vielfach beklagte Rückständigkeit der deutschen Bildungspolitik einen Mangel an Chancengerechtigkeit, an Durchlässigkeit und an Aufstiegsmöglichkeiten in Bildung und Gesellschaft dieser Jahre. Natürlich war das eine Konstruktion, eine Verdichtung und Zuspitzung von tatsächlichen oder vermeintlichen Unzulänglichkeiten. Der darin angesprochene Sachverhalt betraf nicht nur Mädchen, Katholiken und Dorfbewohner, aber diese in der Tat besonders.

In meinem Heimatdorf, 500 Seelen groß, gab es während meiner Schulzeit drei ansässige Akademiker, alle waren sie zugezogen: Der Pfarrer, ein Lehrer und der Tierarzt. Mit mir besuchte noch ein älterer Junge das Gymnasium in Prüm. Der einzige tatsächlich beschrittene Weg zum Studium war immer noch das Priesterseminar. Diesen Weg wählte auch der ein oder andere, nicht in jedem Fall war das gleichermaßen zum eigenen Segen und zu dem der Kirche. Die Generation, zu der ich gehöre, war die erste, für die sich Alternativen erschlossen. Dieser Aufbruch war mit Händen zu greifen und zwar überall in den Dörfern der Hocheifel. Dass er möglich wurde, war vielen zu verdanken. Nicht zuletzt waren die neuen Aufstiegchancen Verdienst der Politik. Sie hatte Wege geebnet mit konkreten Bildungsreformen, aber vielleicht mehr noch mit der Wertschätzung für Bildung und der Aufmerksamkeit für Aufstiegsambitionen, die aus ihr sprach.

Für beides stand in Rheinland-Pfalz und darüber hinaus in besonderer Weise Bernhard Vogel. Mit ihm hatte Neues begonnen. Als Kultusminister betrieb er seit 1967 gegen erhebliche Widerstände – auch in den eigenen politischen Reihen – die Abschaffung der Konfessionsschule und den Abbau der Zwergschulen. Ich besuchte noch die katholische Volksschule Sankt Hubertus: zwei Lehrer, zwei Unterrichtsräume je einer für die Klassen 1–4 und 5–8, zusammen etwa 60 Schüler. Die Ausstattung dieser Schule war von dem schon damals als zeitgemäß erkannten Standard weit entfernt. An die pädagogischen Prinzipien, die dort trotz guten Willens regierten, möchte ich mich im Einzelnen nicht erinnern. Solche Schulen verschwanden nach und nach. Das hatte durchaus nicht nur positive Wirkungen. Die Schulwege wurden länger. Die Selbstverständlichkeit der Integration nahezu aller Kinder in die Gemeinschaft solcher Dorfschulen war in größeren Zusammenhängen kaum mehr aufrecht zu erhalten. Dorfschullehrer mussten damals Experten für einen Unterricht sein, der mit einer heterogenen Schülerschaft umging, eine Anforderung, die heute aktueller denn je ist. Sie leisteten im hohen Maße das, was man heute in bestem Sozialingenieur-Deutsch „Inklusion“ nennt. Aber das Verschwinden dieser Dorfschulen war unvermeidlich, wenn den Schülern bessere Möglichkeiten eröffnet werden sollten. Es blieb nicht bei dieser wichtigen Schulreform. Gymnasien wurden ausgebaut, auch die Realschulen als Schulart mit eigenem Profil. Die Lehrer-Ausbildung wurde modernisiert, die Universität Trier-Kaiserslautern gegründet und die Förderung für Studierende ausgebaut.

Natürlich lag das alles auch im Zug der Zeit. Aber in Rheinland-Pfalz fand sich ein eigener Weg, der die christlich-demokratische Handschrift von Bernhard Vogel trug. Die Reformen waren maßvoll. Auch an rheinland-pfälzischen Schulen wurde die Oberstufe umstrukturiert, aber eben behutsam und unter Aufrechterhaltung der Qualität. Die Konfessionsschule musste weichen, aber dafür wurde die Perspektive auf eine „christliche Gesamtschule“ eröffnet. Das half, auch die Kirchen für die Reform zu öffnen. Die Zwergschulen gingen, aber mit der Möglichkeit einzügiger Grundschulen blieb für die Jüngsten der Schulweg erträglich und in vielen Fällen „die Schule im Dorf“.

Es war ein Markenzeichen dieser Politik, dass entschlossen modernisiert wurde und gleichzeitig, wie es heute heißen würde, alle „mitgenommen“ wurden. Der Zugang zu formal höherer Bildung wurde breit geebnet, aber ohne die Vielfalt von Begabungen zu leugnen und den Bauern oder den Handwerkern zum defizitären Menschen zu erklären. Das gehörte anderswo damals durchaus zum guten Ton einer sich modern gebenden Bildungspolitik. Für einen Kultusminister und Ministerpräsidenten wie Bernhard Vogel war es nicht mit seinem Menschenbild vereinbar. Für beides, für das Maß und für die Entschlossenheit, für das Neue und für den Respekt vor dem Gewachsenen stand Bernhard Vogel. Gemeinsam mit Kollegen wie Wilhelm Hahn, Hans Maier und später Werner Remmers und Hanna-Renate Laurien konzipierte und verkörperte er die Konturen einer

neuen Bildungspolitik der Union. Für uns Kinder des Bildungsaufbruchs war die Formel „Mein Vogel heißt Bernhard“ weit mehr als Wahlkampfgeklingel.

Vom „katholischen Mädchen vom Land“ als Sorgenkind der Bildungspolitik redet heute niemand mehr, weil sich dieses Thema erübrigt hat. Grund zur Sorge dagegen gibt die Vertrauenskrise in der Bildungspolitik. Von dieser Erschütterung ist auch die christlich-demokratische Idee betroffen.

Es geht um die Erkennbarkeit und die Gemeinsamkeit einer christlich-demokratischen Bildungspolitik. Das ist nicht in erster Linie eine Frage der Programmatik. Die CDU hat erst im vergangenen Jahr nach intensiver Debatte, ein zeitgemäßes Bildungsprogramm beschlossen. Es ist in erster Linie eine Frage der politischen Praxis und der Überzeugungskraft. Hier ist weder der Anlass noch der Raum, um dies im Einzelnen auszuführen. Aber drei Bemerkungen seien gestattet:

Erstens: Bildung in Deutschland braucht einen differenzierten Blick, sie ist besser als ihr Ruf. Natürlich gibt es drängende und sehr reale Probleme. PISA und andere Vergleichsstudien haben das schonungslos aufgedeckt. Eine besonders gravierende Herausforderung ist die Tatsache, dass etwa 15 Prozent, manche sagen 20 Prozent eines Jahrgangs beim Lesen, Schreiben und Rechnen nicht das Mindestniveau erreichen. Aber die Probleme dominieren das Bild in einer Weise, die destruktiv auf das Bildungssystem zurückwirkt. Denn es gehört auch zur Wirklichkeit, dass sich deutsche Abiturienten im internationalen Vergleich hervorragend behaupten, fast jeder international arbeitende deutsche Hochschullehrer wird das bestätigen können. Die duale Berufsausbildung gilt als ein deutsches Erfolgsmodell par excellence, gerade in den ökonomischen Krisen dieser Jahre. Dennoch wird immer wieder die Mär verbreitet, dass weniger duale Berufsausbildung und mehr Hochschulausbildung einen Fortschritt per se bedeuten. Die Deutungshoheit über die Wirklichkeit von Bildung in Deutschland liegt heute weitgehend verkürzend beschrieben bei der OECD. Die Maßstäbe sind demzufolge einseitig an ökonomischen Quantitäten orientiert. Besonderheiten der deutschen Bildungslandschaft spielen dabei keine Rolle, die Bildungsdimension jenseits des Ökonomischen ebenso wenig. Es ist wenig überraschend, dass in diesem Schlagzeilentremolo der Blick für die differenzierten Realitäten von Bildung in Deutschland verloren gegangen ist. Die offensive Auseinandersetzung mit diesem Deutungsmonopol gehört zu den Voraussetzungen für die Rückgewinnung von Vertrauen in die deutsche Bildungspolitik.

Zweitens: Der Bildungsföderalismus in Deutschland braucht eine politische Revitalisierung. Er ist offenkundig in einer Krise. Die Bürger wollen heute den Bund in erster Linie in der Verantwortung für die Bildung sehen. Das ist nicht völlig überraschend. Auch wenn eine Sicherheitskatastrophe oder ein Lebensmittelskandal die Republik erschüttern, ertönt regelmäßig der Ruf nach dem Handeln des Bundes, unabhängig von der Zuständigkeit. Da Bildung im Modus

der Dauerkrise wahrgenommen wird, hat sich das gerade in diesem Bereich verfestigt. Dabei geht es gar nicht darum, Zuständigkeiten zu ändern. Die Bürger wollen Problemlösungen. Die Delegitimierung des Bildungsföderalismus geht nicht auf das Verfassungsrecht, sondern auf die Verfassungswirklichkeit zurück. Denn für die meisten Lösungen wird der Bund nicht gebraucht. Die Gewährleistung von innerdeutscher Mobilität für Lehrerinnen und Lehrer oder ein Deutschlandabitur mit länderübergreifenden Aufgaben liegen in der Hand der Länder selbst und ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung. Die Schwäche in der Wahrnehmung dieser Verantwortung ist es ganz zuvörderst, die dem Bildungsföderalismus in den Augen der Menschen zur Splitterung der Kirchturnpolitik erscheinen lässt.

Die Realität des Bildungsföderalismus sieht in Schlaglichtern heute allzu oft so aus: Die Länder rufen bei nahezu jeder Problemlage – von der frühkindlichen Bildung bis zu Studienplätzen – zuallererst nach Bundesgeld. Kultusminister sagen offen, dass sie sich ohne das Lockmittel ergänzender Bundesgelder meist im eigenen Kabinett nicht durchsetzen können. Umgekehrt verlangt der Bund für die Öffnung des Portemonnaies politische Mitsprache und haushalterische Rechenschaft. Das ist verständlich, führt aber im Ergebnis zu einer Degeneration des Föderalismus. Man mag die Bildungsverfassung des Grundgesetzes an der einen oder anderen Stelle ändern oder nicht. Entscheidend für die Zukunft des Bildungsföderalismus aber ist eine andere politische Praxis. Eine selbstbewusst wahrgenommene gesamtstaatliche Verantwortung der Länder wird auch die Menschen für diese tragende Idee unserer Staatsorganisation zurückgewinnen.

Drittens: Die Bildungsinhalte brauchen einen höheren Stellenwert, sie sind vom Regime der Zahlen und Strukturen verdrängt worden. Im Vordergrund der bildungspolitischen Aufmerksamkeit in Deutschland stehen in der Regel Leistungsvergleiche und Schulstrukturen. Beides hat Berechtigung, aber beides ist nur ein Ausschnitt. Bildung ist mehr als Beschriftung des Türschildes am Schulgebäude oder der Rangplatz in der Nationalwertung. Die Bildung der Persönlichkeit jedes einzelnen verdient wieder mehr Aufmerksamkeit. Sie hat zu tun mit gutem Unterricht und mit den Inhalten. Dazu gehört nicht nur am Rande die politische Bildung. Ohne Wissen um historische Zusammenhänge oder um Institutionen des Zusammenlebens kommt diese Erziehung zur Demokratie nicht aus. Klaus Schroeder hat jüngst in einer großen Studie der politischen Bildung an Deutschlands Schulen ein Zeugnis ausgestellt, das uns nicht weniger aufrütteln muss als die PISA-Ergebnisse.¹ Es zeigt, wie drängend ein neues Bewusstsein für die Inhalte von Bildung für Deutschland ist.

Übrigens: Bernhard Vogel hat die Landtagswahl 1979 gewonnen, in Prüm höher als anderswo, trotz Lautsprecherwagen. Insgesamt hat es für die absolute Mehrheit gereicht, nicht trotz, sondern auch wegen der Bildungspolitik. Die Welt von 1979 ist vergangen, in der Eifel und in der deutschen Bildungslandschaft.

Das als eine Verfallsgeschichte zu deuten und die Vergangenheit zu verklären, würde niemandem ferner liegen als Bernhard Vogel. Geblieben aber sind die Maßstäbe und Überzeugungen einer Politik, die der christlich-demokratischen Idee für ihre Zeit Kontur gab. Deshalb fällt es auch heute nicht schwer zu sagen: „Unser Vogel heißt Bernhard!“

1 Klaus Schroeder/Monika Deutz-Schroeder/Rita Quasten/Dagmar Schulze Heuling: Später Sieg der Diktaturen? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen. Frankfurt/Main u. a. 2012.

**„Nie geraten die Deutschen so außer sich,
wie wenn sie zu sich kommen wollen.“**

(Kurt Tucholsky)

Hans-Joachim Veen

Politische Romantik und „innere Einheit“

Wann glauben die Deutschen eigentlich „zu sich zu kommen“, so wie Kurt Tucholsky es sich mit bitterböser Ironie ausmalt? Wohl am ehesten, wenn sie sich ganz großen Gefühlen, großen Bewegungen und großen Ideen hingeben und dabei zu einer großen Einheit verschmelzen können, wenn es nur noch Deutsche und keine Parteien im weitesten Sinne mehr gibt. Nichts hat die Deutschen politisch meines Erachtens so geprägt wie Idealismus und Romantik, mehr noch als die Reformation, deren aufklärerischer Impetus vielen in ihrem Innersten doch nicht entsprach. Nein, im gegenaufklärerischen Irrationalismus der deutschen Romantik fühlten sie sich am innigsten aufgehoben und von ihren Weiterungen führte der Weg bis in den Abgrund des nationalsozialistischen Totalitarismus. Rüdiger Safranski hat noch weitere Dimensionen der politisierten Romantik in seinem Buch: „Romantik – Eine deutsche Affäre“ herausgearbeitet, und dabei dezidiert Carl Schmitt widersprochen, der die „politische Romantik“ ja 1919 begrifflich geprägt hatte. Während für Carl Schmitt die politische Romantik keine spezifisch deutsche Eigenschaft, sondern universal wirkungsmächtig war, ist sie für Safranski, wie ich finde, leider zu Recht, eine sehr deutsche Eigenart. Einig sind sich beide aber darin, dass es gefährlich wird, wenn sich Romantik mit Politik paart, weil romantische Gesinnung die denkbar schlechteste Grundlage für Politik, zumal in einem demokratischen Verfassungsstaat ist. Romantiker neigen zu Extremismen und sie neigen zu großen Gefühlsschwankungen zwischen tiefster Innerlichkeit und Größenwahn.

Dafür haben sie die „blaue Blume“ erfunden, der all ihr Sehnen gilt und die wie kein anderes Motiv die Suche der Romantiker nach einem Zentrum, nach einer inneren Einheit, nach harmonischer Innerlichkeit und nach Unendlichkeit verkörpert. Die „blaue Blume“ ist ein Sinnbild für etwas, das mit Vernunft nicht zu fassen ist, das am Ende überhaupt nicht erreichbar ist. Die Suche nach der „blauen Blume“, der undefinierbaren, trägt ihren Sinn in sich selbst. In der Welt der Politik ist das höchst problematisch. Denn Romantiker haben eine Vorliebe für große Bewegungen und ein grenzenloses Harmoniebedürfnis, die auch politisch den viel zitierten deutschen Sonderweg mitgeprägt haben.

Wer in Deutschland politisch beeindruckend will, gründet keine Partei, sondern eine Bewegung und zwar eine möglichst radikale, das galt von der deutschen